

Eifelhöhen-Klinik AG

Bonn/Marmagen

Jahresfinanzbericht zum 31. Dezember 2009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bilanz der Eifelhöhen-Klinik AG	3
Gewinn- und Verlustrechnung der Eifelhöhen-Klinik AG	4
Anhang	5
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	22
Lagebericht	23
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	49
Bericht des Aufsichtsrats	50

Bilanz zum 31. Dezember 2009
der
Eifelhöhen-Klinik Aktiengesellschaft,
Bonn/Marmagen

AKTIVSEITE

PASSIVSEITE

	EUR	31.12.2008 EUR		EUR	31.12.2008 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	7.987.200,00	7.987.200,00
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	25.554,00	35.547,00	II. Kapitalrücklage	3.239.765,40	3.239.765,40
II. Sachanlagen			III. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke und Bauten	8.409.910,84	8.871.081,84	1. gesetzliche Rücklage	100.782,79	100.782,79
2. technische Anlagen und Maschinen	4,00	4,00	2. andere Gewinnrücklagen	7.713.454,67	6.417.614,72
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.085.110,91	950.836,00		7.814.237,46	6.518.397,51
4. geleistete Anzahlungen	0,00	12.222,70	IV. Bilanzgewinn	622.073,98	1.141.765,97
	9.495.025,75	9.834.144,54		(19.663.276,84)	(18.887.128,88)
III. Finanzanlagen			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	199.338,00	205.217,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.934.118,77	7.934.118,77	C. Rückstellungen		
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	44.800,00	500.474,87	1. Rückstellungen für Pensionen	1.022.743,00	1.050.482,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	2,00	2,00	2. Steuerrückstellungen	1.021.357,39	726.000,00
	7.978.920,77	8.434.595,64	davon latente Steuern: EUR 977.000,00		
	(17.499.500,52)	(18.304.287,18)	(Vorjahr: EUR 704.000,00)		
B. Umlaufvermögen			3. sonstige Rückstellungen	1.649.004,00	2.272.651,00
I. Vorräte				3.693.104,39	4.049.133,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	156.954,21	146.044,58	D. Verbindlichkeiten		
2. unfertige Leistungen	171.599,79	194.734,21	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.868.688,42	2.006.753,05
3. geleistete Anzahlungen	2.975,00	0,00	2. erhaltene Anzahlungen	14.673,55	14.552,55
	331.529,00	340.778,79	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	378.343,73	310.281,78
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	394.056,42	362.207,96
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.414.705,55	1.392.372,55	5. sonstige Verbindlichkeiten	1.671.661,30	1.739.727,78
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8.403.325,18	7.341.073,71	davon aus Steuern: EUR 133.386,91		
3. sonstige Vermögensgegenstände	223.504,07	136.297,42	(Vorjahr: EUR 127.698,91)		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 2.728,14			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 21.075,53		
(Vorjahr: EUR 2.673,94)			(Vorjahr: EUR 4.751,18)		
	10.041.534,80	8.869.743,68		4.327.423,42	4.433.523,12
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	38.018,96	51.211,26	E. Rechnungsabgrenzungsposten	37.693,49	8.954,03
	(10.411.082,76)	(9.261.733,73)		27.920.836,14	27.583.956,03
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.252,86	17.935,12			
	27.920.836,14	27.583.956,03			

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
der
Eifelhöhen Klinik AG,
Bonn/Marmagen

	EUR	EUR	2008 EUR
1. Umsatzerlöse		13.413.276,85	13.257.745,55
2. Verminderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen		-22.266,92	-79.577,60
3. sonstige betriebliche Erträge		1.506.253,61	1.495.762,32
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.090.170,85		1.131.943,44
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>742.338,72</u>	1.832.509,57	639.858,33
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	8.464.366,50		8.715.155,88
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.672.113,61		1.605.293,57
davon für Altersversorgung: EUR 99.945,61 (Vorjahr: EUR 26.063,72)		<u>10.136.480,11</u>	
6. Abschreibungen			
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		756.098,08	723.627,40
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.528.987,81	2.728.911,40
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1.724.034,02	2.224.428,04
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		579.710,53	604.351,59
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 576.507,97 (Vorjahr: EUR 603.679,60)			
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme		61.567,18	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		311.604,13	364.722,51
davon an verbundene Unternehmen: EUR 18.855,18 (Vorjahr: EUR 44.554,79)			
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.573.761,21</u>	<u>1.593.197,37</u>
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag		325.276,42	397.756,19
14. sonstige Steuern		<u>4.336,83</u>	<u>1.870,16</u>
15. Jahresüberschuss		1.244.147,96	1.193.571,02
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.141.765,97	544.980,46
17. Ausschüttung		-468.000,00	0,00
18. Einstellung in Gewinnrücklagen		<u>-1.295.839,95</u>	<u>596.785,51</u>
19. Bilanzgewinn		<u><u>622.073,98</u></u>	<u><u>1.141.765,97</u></u>

**Eifelhöhen-Klinik AG
Bonn / Marmagen**

Anhang zum 31. Dezember 2009

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gemäß §§ 264 ff., 284 ff. HGB und des Aktiengesetzes für große Kapitalgesellschaften aufgestellt, da die Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt der Börse Frankfurt, Düsseldorf, Berlin, Stuttgart und Xetra (Segment General Standard) gehandelt werden.

Im Anhang sind alle erforderlichen Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

II. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögens- und Schuldposten sind unter Beachtung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt, bewertet und ausgewiesen.

Bei den Bilanzposten wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt.

1. Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, angesetzt. Der Ausweis erfolgt vollständig nach der direkten Bruttomethode gemäß § 268 Abs. 2 HGB.

Bei den Gegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden die Abschreibungen planmäßig unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer nach der linearen Abschreibungsmethode vorgenommen. Bei Zugängen des Sachanlagevermögens erfolgt die Abschreibung seit 2005 pro rata temporis.

Geringwertige Anlagegüter werden nach den steuerrechtlichen Vorschriften abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden über die Nutzungsdauer von 3 bis 10 Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibungen bei Gebäuden werden über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen.

Nachträgliche Anschaffungs-/Herstellungskosten aus Gebäudeum- und -anbauten werden in Übereinstimmung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Gebäudes einheitlich abgeschrieben.

Die Nutzungsdauer der technischen Anlagen und Maschinen beträgt 5 bis 10 Jahre, bei anderen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 20 Jahre.

Die Finanzanlagen wurden mit den Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Im Übrigen verweisen wir auf den Anlagenspiegel zum 31.12.2009 der Gesellschaft.

2. Umlaufvermögen

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder den jeweils niedrigeren Marktpreisen bewertet.

Unfertige Leistungen werden für anteilige Fallpauschalen angesetzt, die mit dem jeweiligen Kostenträger vertraglich vereinbart wurden.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden zu Nominalwerten angesetzt. Notwendige Wertberichtigungen wurden vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde gebildet für verschiedene Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

4. Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden mit dem Teilwert angesetzt, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften auf Basis eines Zinssatzes von 6 % ermittelt ist; sie decken alle vertraglich zugesicherten Versorgungsleistungen ab.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Für zukünftige Jubiläen und Altersgelder, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wurden, ist der ermittelte versicherungsmathematische Wert angesetzt worden. Hierbei wurde für Jubiläen ein Zinssatz von 5,5 % bzw. für Altersgeld ein Zinssatz von 6 % angesetzt.

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Rückzahlungsbeträgen bzw. dem niedrigeren Barwert angesetzt.

6. Passive Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Wir verweisen auf den nachfolgenden Bruttoanlagenspiegel.

Bruttoanlagenspiegel Eifelhöhen-Klinik AG 31.12.2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand	Zugang	Umb.	Abgang	Stand	Stand	Zugang	Abgang	Stand	Stand	Stand	
	01.01.2009				31.12.2009	01.01.2009			31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte	145.696,94	1.373,97	0,00	0,00	147.070,91	110.149,94	11.366,97	0,00	121.516,91	25.554,00	35.547,00	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	22.759.048,51	50.932,00	0,00	0,00	22.809.980,51	13.887.966,67	512.103,00	0,00	14.400.069,67	8.409.910,84	8.871.081,84	
2. Technische Anlagen und Maschinen	153.788,19	0,00	0,00	0,00	153.788,19	153.784,19	0,00	0,00	153.784,19	4,00	4,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.337.435,30	354.996,07	12.222,70	193.181,61	6.511.472,46	5.386.599,30	232.628,11	192.865,86	5.426.361,55	1.085.110,91	950.836,00	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.222,70	0,00	-12.222,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.222,70	
Summe Sachanlagen	29.262.494,70	405.928,07	0,00	193.181,61	29.475.241,16	19.428.350,16	744.731,11	192.865,86	19.980.215,41	9.495.025,75	9.834.144,54	
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.934.118,77	0,00	0,00	0,00	7.934.118,77	0,00	0,00	0,00	0,00	7.934.118,77	7.934.118,77	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	500.474,87	0,00	0,00	455.674,87	44.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	44.800,00	500.474,87	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	232.848,56	0,00	0,00	0,00	232.848,56	232.846,56	0,00	0,00	232.846,56	2,00	2,00	
Summe Finanzanlagen	8.667.442,20	0,00	0,00	455.674,87	8.211.767,33	232.846,56	0,00	0,00	232.846,56	7.978.920,77	8.434.595,64	
Summe Anlagevermögen Gesamt	38.075.633,84	407.302,04	0,00	648.856,48	37.834.079,40	19.771.346,66	756.098,08	192.865,86	20.334.578,88	17.499.500,52	18.304.287,18	

2. Mitzugehörigkeitsvermerk

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten sonstige Vermögensgegenstände; Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen sonstige Verbindlichkeiten.

3. Eigenkapital

a) Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt 7.987.200,00 EUR und ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Grundkapital entspricht dem Nominalkapital je Stückaktie von 2,56 EUR.

Der Vorstand ist gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25.08.2010 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.08.2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen.

b) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Vortrag zum 1. Januar 2009	EUR	6.518.397,51
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		
-aus dem Bilanzgewinn 2008 lt. HV-Beschluss vom 25.08.2009	"	673.765,97
-aus dem Jahresüberschuss 2009	"	622.073,98
	EUR	<u>7.814.237,46</u>

c) Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn hat sich wie folgt entwickelt:

Vortrag zum 1. Januar 2009	EUR	1.141.765,97
-Ausschüttung gem. HV-Beschluss vom 25.08.2009	"	-468.000,00
-Einstellung in andere Gewinnrücklagen gem. HV-Beschluss vom 25.08.2009	"	-673.765,97
Jahresüberschuss 2009	"	1.244.147,96
-Einstellung in andere Gewinnrücklagen gemäß § 58 Abs. 2 AktG	"	-622.073,98
Stand 31.12.2009	EUR	<u>622.073,98</u>

4. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten wurde für Investitionszuschüsse zur Herstellung eines Gebäude angesetzt. Es wurde ein gesonderter Passivposten nach § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB als Gegenposten zu den aktivierten vollen Anschaffungskosten erfolgsneutral gebildet, um eine bessere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i. S. von § 264 Abs. 2 HGB zu vermitteln. Er wird auf die maßgebliche Nutzungsdauer des betreffenden Gebäudes 50 Jahre erfolgswirksam aufgelöst.

5. Rückstellungen

Die unmittelbaren **Pensionsrückstellungen** betreffen vier Einzelvereinbarungen der Eifelhöhen-Klinik AG gegenüber ehemaligen und leitenden Angestellten. Die Berechnung erfolgte auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten, basierend auf den Richttafeln 2005 G von Dr. Heubeck nicht unter Berücksichtigung eines marktüblichen Zinssatzes, sondern auf Basis des Teilwertverfahrens im Sinne von § 6 a EStG mit einem Zinsfuß von 6 % unter Anwendung der steuerlichen 1/3-Regelung. Die Rückstellungen decken die erteilten Versorgungszusagen in Höhe des steuerlich zulässigen Wertansatzes ab.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 1.021 TEUR gliedern sich in Rückstellungen für Gewerbesteuern (44 TEUR) und latente Steuern (977 TEUR) auf.

Die Rückstellung für latente Steuern setzt sich saldiert aus aktiven latenten Steuern von 126 TEUR und passiven latenten Steuern von 1.103 TEUR zusammen. Sie wurde gem. § 274 Abs. 2 HGB angesetzt, weil der nach den steuerrechtlichen Vorschriften zu versteuernde Gewinn niedriger ist als das handelsrechtliche Ergebnis und somit der Steueraufwand zu niedrig ist. Der zu niedrige Steueraufwand gleicht sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich aus. Die Bewertung erfolgt in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung (15,83 %).

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Jahresabschlusskosten	198	198
Urlaubsrückstellung	143	218
Jubiläumsrückstellung	702	698
Rückstellung Altersgeld	392	410
Sonstige Personalaufwendungen	96	469
Unterlassene Instandhaltung	0	19
Aufsichtsratsvergütung und Tantiemen	88	188
Anwalts- und Gerichtskosten	0	40
Sonstiges	30	33
	<u>1.649</u>	<u>2.273</u>

6. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit von			Sicherheiten	
	EUR	bis zu einem Jahr	mehr als einem bis zu fünf Jahren	mehr als fünf Jahre	Betrag	Art der Sicherheit
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	1.868.688,42	695.920,27	843.674,50	329.093,65	1.868.688,42	Anm. 1
	(2.006.753,05)	(637.948,76)	(840.085,38)	(528.718,91)	(2.006.753,05)	Anm. 1
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	14.673,55	14.673,55	0,00	0,00	0,00	--
	(14.552,55)	(14.552,55)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	--
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	378.343,73	378.343,73	0,00	0,00	0,00	branchen-üblicher Eigentumsvorbehalt
	(310.281,78)	(310.281,78)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	394.056,42	394.056,42	0,00	0,00	0,00	--
	(362.207,96)	(362.207,96)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	--
sonstige Verbindlichkeiten	1.671.661,30	384.058,81	772.281,08	515.321,41	0,00	--
	(1.739.727,78)	(338.669,97)	(702.822,79)	(698.235,02)	(0,00)	--
	<u>4.327.423,42</u>	<u>1.867.052,78</u>	<u>1.615.955,58</u>	<u>844.415,06</u>	<u>1.868.688,42</u>	
	<u>(4.433.523,12)</u>	<u>(1.663.661,02)</u>	<u>(1.542.908,17)</u>	<u>(1.226.953,93)</u>	<u>(2.006.753,05)</u>	

Anm. 1:

durch Grundpfandrechte gesichert:	1.645.659,81	(1.688.279,10)
durch Abtretung GmbH-Anteile gesichert:	52.083,33	(177.083,33)
Sicherungsübereignung:	170.945,28	(141.390,62)

7. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung:

	31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften/Leistungsgarantie	0,00	0,00
b) Gewährleistungen für fremde Verbindlichkeiten	<u>8.700.501,42</u>	<u>9.905.246,52</u>
	<u>8.700.501,42</u>	<u>9.905.246,52</u>

Die Haftungsverhältnisse bestehen für verbundene Unternehmen.

c) Sonstige finanzielle, nicht bilanzierte Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen gem. nachfolgender Aufstellung:

	2009	2008
	TEUR	TEUR
- Mehrjährige Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	<u>152</u>	<u>217</u>
davon mit einer Restlaufzeit		
bis zu einem Jahr: TEUR 85)		
(Vorjahr: TEUR 121)		

IV. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gem. § 275 Abs. 2 HGB unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens aufgestellt.

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Patientenleistungen.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten mit 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR) die Auflösung des gebildeten Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

3. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

V. Sonstige Angaben

1. Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	2009	2008
Dienstleistungen		
Ärztlicher Dienst		
Orthopädie-Innere Medizin-Neurologie	22	22
Psychologen	5	5
Pflegedienst	59	58
Krankengymnastik/Phys. Therapie	48	50
Schreibkräfte/Sekretärinnen	6	7
Medizinisch-technischer Dienst	5	5
Hauswirtschaft	20	20
Service/Wirtschaftsdienst	42	41
Technischer Dienst	6	6
Verwaltungsdienst	23	23
Sonderdienst	2	2
	<u>238</u>	<u>239</u>
Beschäftigte am Bilanzstichtag 31.12.	237	237

2. Organbezüge

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009 betragen 819 TEUR (Vorjahr: 529 TEUR) und entfielen auf Herrn Dr. h. c. (CHN) Arno Kuge mit 565 TEUR (Vorjahr: 293 TEUR) einschließlich einer Austrittsentschädigung in Höhe von 454 TEUR und Herrn Dr. med. Markus-Michael KÜthmann mit 254 TEUR (Vorjahr: 236 TEUR) einschließlich eines variablen Anteils bezogen auf das Konzernergebnis 2008 von 52,5 TEUR.

Die Vergütung von Herrn Dr. Kuge setzte sich aus einer Grundvergütung und einer Austrittsentschädigung zusammen, Herr Dr. Küthmann erhielt eine Grundvergütung und eine Tantieme in Höhe von 3 % des Konzernjahresüberschusses.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aata Klinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, angerechnet.

Der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Kuge, hatte einen Dienstwagen zur Verfügung, der auch für private Zwecke genutzt werden konnte.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen, Kreditgewährungen, durch die Gesellschaft an die einzelnen Vorstandsmitglieder erbracht.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 50 TEUR (Vorjahr: 50 TEUR).

Für unmittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen wurden 562 TEUR (Vorjahr: 574 TEUR) zurückgestellt.

Die Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat 2009 betrug 48 TEUR (Vorjahr: 44 TEUR).

3. Gesellschaftsorgane

Vorstand

bis 10.06.2009:

Dr. h. c. (CHN) Arno Kuge

Diplom-Ökonom

Vorsitzender

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Arzt für Allgemeinmedizin, Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin

Aufsichtsrat

bis 18.05.2009:

Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Krüger

Geschäftsführer

Vorsitzender

ab 19.05.2009:

Dipl.-Oec. Jörg Karsten Leue
Geschäftsführer
Vorsitzender

Birgit Wöstemeyer
Betriebsratsvorsitzende
Arbeitnehmervertreterin
stellv. Vorsitzende

bis 25.08.2009:

Prof. Dr. med. Wolfgang Wildmeister
Facharzt für Innere Medizin

ab 25.08.2009:

Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch
Freier Berater im Gesundheitswesen

Herr Leue ist Mitglied des Aufsichtsrats der Diakonie Klinikum Dietrich Bonhoeffer GmbH, vormals Evangelische Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH, Neubrandenburg.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sind gleichzeitig Mitglieder des Beirats der GlobalMed GmbH. Der jeweilige Aufsichtsratsvorsitzende der Eifelhöhen-Klinik AG ist darüber hinaus noch Beiratsmitglied der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH.

4. Mittelbare Pensionen oder Anwartschaften

Die Unterstützungskasse Eifelhöhen-Klinik e.V. weist zum 31.12.2009 ein Kassenvermögen von 1.384 TEUR (Vorjahr: 1.505 TEUR) aus; dieser Betrag wird in der Eifelhöhen-Klinik AG in gleicher Höhe als Darlehen passiviert. Daraus ergibt sich eine Differenz in Höhe von 2.617 TEUR (Vorjahr: 2.341 TEUR) gegenüber der nach § 6 a EStG berechneten Verpflichtung von 4.001 TEUR (Vorjahr: 3.846 TEUR).

5. Verbundene Unternehmen

Anteilsbesitz der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn/Marmagen – Stand 31.12.2009

In den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital ¹⁾	Jahresergebnis ¹⁾
	%	TEUR	TEUR
GlobalMed GmbH, Nettersheim-Marmagen	100	4.321	+ 1.724 ²⁾
Kaiser-Karl-Klinik GmbH, Marmagen/Bonn	100	1.559	- 62 ³⁾
Aataklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	70	1.702	+ 288 ⁴⁾
Aataklinik Wünnenberg Pflege GmbH Pflegerstation „St. Antonius“, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	19	+ 11 ⁵⁾
GSG Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	65	+ 43 ⁵⁾
Medizinisches Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	- 276	- 61

Anm. 1: Ermittlung nach HGB

Anm. 2: Ergebnis vor Gewinnabführung an die Eifelhöhen-Klinik AG

Anm. 3: Ergebnis vor Verlustübernahme durch die Eifelhöhen-Klinik AG

Anm. 4: Ergebnis nach Gewinnabführung Pflege GmbH und GSG

Anm. 5: Ergebnis vor Gewinnabführung an die Aataklinik Wünnenberg GmbH

6. Mitteilungen nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Die Gesellschaft hat bestehende Beteiligungen gem. § 21 Abs. 1 WpHG wie folgt veröffentlicht:

a) am 01. September 2006:

Herr Othmar Furch, Voltlage, hat der Gesellschaft am 22.08.2006 mitgeteilt, dass er gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 21. August 2006 die Schwelle von 25 % unterschritten hat und die Höhe seines Stimmrechtsanteils an der Eifelhöhen-Klinik AG nunmehr 11,7 % beträgt. Dies entspricht 364.377 Stimmen. Diese Anteile enthalten 39.084 Stimmen (1,25 %), die ihm gem. § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet werden.

b) am 12. März 2007:

Die AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, 18181 Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 07.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 06.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,28 % (das entspricht 320.597 Stimmrechten) beträgt.

c) am 26. März 2007:

Die Graaler Care GmbH, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 WpHG Abs. 1 am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

14,72 % der Stimmrechte (das entspricht 459.364 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG zuzurechnen.

Die SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 WpHG Abs. 1 am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

d) am 18. Juni 2007:

Die AKG Allgemeine Klinik-Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.06.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 09.05.2007 durch Aktien die Schwelle von 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) beträgt.

Die Graaler Management GmbH, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.06.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 09.05.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,37 % (das entspricht 323.597 Stimmrechten) beträgt. 10,37 % der Stimmrechte (das entspricht 323.597 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG zuzurechnen.

e) am 14. August 2009

Die Friends Provident plc, Dorking, Surrey, England hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12.08.2009 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 14.07.2009 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,01 % (das entspricht 93.883 Stimmrechten) beträgt.

3,01 % der Stimmrechte (das entspricht 93.883 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgendes von ihr kontrolliertes Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten: Lombard International Assurance S.A.

Die Lombard International Assurance S.A., Senningerberg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 11.08.2009 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 14.07.2009 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,01 % (das entspricht 93.883 Stimmrechten) beträgt.

Die Friends Provident plc, Dorking, Surrey, England hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 14.08.2009 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 31.07.2009 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,88 % (das entspricht 90.000 Stimmrechten) beträgt.

2,88 % der Stimmrechte (das entspricht 90.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Lombard International Assurance S.A., Senningerberg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 11.08.2009 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland; ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 31.07.2009 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,88 % (das entspricht 90.000 Stimmrechten) beträgt.

7. Finanzderivate

Es bestehen zum 31.12.2009 folgende Finanzderivate:

Geschäftsart	Bilanzposten	Umfang	Buchwert	Marktwert
		TEUR	TEUR	TEUR
Zinsbegrenzungsgeschäft (Caps)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52	52	0

Die Bewertung von Caps basiert auf dem finanzmathematischen Black-Scholes-Modell, unter Berücksichtigung einer aus den Par Volatilitäten abgeleiteten Forward Volatilitätskurve. Dabei werden alle Caplets auf deren Basis in konsistenter Weise bewertet. Die in der Bewertung enthaltenen zukünftigen Zahlungsströme (inkl. evtl. Cap Prämien) werden dann zur Ermittlung des heutigen Wertes auf den Bewertungstag abgezinst und anschließend aufsummiert (Bruttobetrag).

8. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat am 15.12.2009 abgegeben und den Aktionären unter www.eifelhoehen-klinik.de im Bereich Aktiengesellschaft, Investor Relations unter der Rubrik Corporate Governance dauerhaft zugänglich gemacht.

9. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 622.073,98 EUR wie folgt zu verwenden:

a) Zahlung einer Dividende von 0,12 € je Stückaktie	374.400,00 EUR
b) Einstellung in andere Gewinnrücklagen	247.673,98 EUR

Bonn/Marmagen, den 17.03.2010

Dr. med. Markus-Michael KÜthmann

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Bonn/Marmagen, 17.03.2010

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG

Rahmendaten

Gesamtwirtschaftliche Situation und Branchenentwicklung

Die wirtschaftliche Situation war 2009 auch in Deutschland von der weltweiten Finanzkrise geprägt. Der dramatische Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtproduktion um 5 % im Jahresverlauf erfolgte trotz von der Bundesregierung aufgelegten Konjunkturprogrammen 2009/2010 in Höhe von rund 84 Mrd. €. Dem Finanzsystem mussten große Liquiditätsmengen durch die Europäische Zentralbank zugeführt werden, um eine drohende Kreditklemme und einen Zusammenbruch des europäischen Banken- und Finanzsystems zu vermeiden.

Die Gesamtwirtschaftsleistung unseres Landes wurde durch die vorgenannten Ereignisse auf das Niveau des Jahres 2005 zurückgeführt.

Die Inflationsrate von durchschnittlich 2,6 % in 2008 sank auf einen historischen Tiefstand von 0,3 %.

Der über vier Quartale andauernde Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wurde im Übergang vom 2. zum 3. Quartal 2009 durch eine positive Zuwachsrate von 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal vorerst gestoppt. Insgesamt zeigte die deutsche Volkswirtschaft im 3. und 4. Quartal erste Anzeichen einer zögerlichen Erholung, die jedoch im Wesentlichen noch durch staatliche Konjunkturprogramme gespeist wurde. Die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung durch die positiven Impulse aus anderen Regionen in der Welt – speziell Asien – auf die deutsche Volkswirtschaft bleibt abzuwarten. Unabhängig davon bestehen durch die vorhandenen Liquiditätsmengen im Geldmarkt zukünftig erhebliche inflationäre Risiken. Absehbar ist von einer vorsichtigen und im Vergleich zu Vorjahren eingeschränkten Kreditvergabe der Geldinstitute für Unternehmensinvestitionen auszugehen, da u. a. die geforderte verbesserte Eigenkapitalausstattung der Banken vorhersehbar zu einer restriktiveren Vergabe von Krediten und erhöhten Anforderungen an die Darlehensbesicherung führen wird.

Die globale Finanzmarktkrise und der damit verbundene nationale und globale Rückgang der Nachfrage für Investitions- und dauerhafte Konsumgüter haben in 2009 zu einer allgemeinen Verunsicherung in allen Wirtschaftszweigen in Deutschland geführt. Die zumindest kurz- bis mittelfristige Stabilität der sozialen Sicherungssysteme wurde durch die staatliche konjunkturelle Intervention und Gesetzgebung in 2009 sichergestellt. Insbesondere durch das Instrument der Kurzarbeit konnte ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit massive finanzielle Ausfälle in den Sozialversicherungssystemen und der gesetzlichen Krankenversicherung verhindert werden. So war dadurch im Vergleich zu 2008 trotz der Wirtschaftskrise „nur“ ein Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,8 % auf 8,2 % zu verzeichnen.

Branchenentwicklung

Auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Gesundheit veröffentlichten Zahlen und Kommentierungen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) weist die GKV-Statistik zum Ende des 4. Quartals 2009 ein Überschuss der Einnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. € aus. Die strukturellen Finanzdaten der GKV zeigen jedoch auch weiterhin eine chronische Unterfinanzierung an, da unverändert von einer im Jahre 2010 erwarteten Finanzierungslücke von 7,9 Mrd. € ausgegangen wird und der „Überschuss“ des Jahres 2009 im Wesentlichen aufgrund von Bundeszuschüssen aus Steuermitteln entsteht.

Die Leistungsausgaben für die GKV-Versicherten sind in 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um allgemein 6,4 % gestiegen.

Überdurchschnittliche Ausgaben der GKV – jeweils bezogen auf den Versicherten – sind u.a. im Bereich der ambulanten ärztlichen Behandlung (+ 7,4 %), beim Krankengeld (+ 10,5 %) und den Verwaltungskosten der Krankenkassen (+ 8,1 %) zu verzeichnen.

Für die Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen in 2009 sind insgesamt 2,5 Mrd. € ausgegeben worden. Sie blieben damit unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung einschl. der landwirtschaftlichen Krankenversicherung¹⁾ im 1. bis 4. Quartal 2009

Veränderungsrate je Versicherten im Vergleich zum 1. bis 4. Quartal 2008 in v.H.²⁾

	GKV	AOK	BKK	IKK	KBS	EK	LKK
Ärztliche Behandlung ³⁾	7,4	13,4	3,3	9,5	18,3	2,1	3,9
Behandlung durch Zahnärzte ohne Zahnersatz	1,9	2,4	2,4	-3,2	3,7	1,7	3,6
Zahnersatz insgesamt	3,8	3,5	4,4	9,3	4,3	2,1	2,0
Arznei- und Verbandmittel insgesamt	5,3	4,0	6,9	10,5	1,6	4,7	5,5
Summe Hilfsmittel	6,5	8,0	6,3	14,1	0,7	3,6	3,6
Summe Heilmittel	4,7	5,4	7,1	10,5	1,0	1,2	4,0
Krankenhausbehandlung insgesamt mit stationärer Entbindung	6,6	6,8	8,3	10,8	2,0	4,7	8,5
Krankengeld	10,5	7,6	10,7	9,7	21,9	12,2	23,2
Fahrtkosten	7,4	8,6	9,6	15,7	1,9	3,5	6,9
Vorsorge- u. Rehabilitationsmaßnahmen	-1,2	0,2	0,0	10,3	-4,9	-5,5	0,5
Soziale Dienste / Prävention	-11,0	-13,3	0,2	-2,4	-16,1	-15,8	-22,0
Früherkennungsmaßnahmen	21,3	25,3	19,5	19,7	42,9	16,9	24,4
Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft ohne stationäre Entbindung	1,7	1,1	0,7	-7,2	42,5	5,3	2,7
Häusliche Krankenpflege	11,3	11,0	15,0	28,3	6,5	7,8	11,7
Ausgaben für Leistungen insgesamt	6,4	7,0	7,2	9,8	5,9	4,1	6,4
Netto-Verwaltungskosten	8,1	12,6	9,6	10,1	3,5	2,3	6,3

Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben absolut in Mio. EUR

	GKV	AOK	BKK	IKK	KBS	EK	LKK
Ausgaben insgesamt	170.787	64.341	28.909	11.109	5.927	58.091	2.409
Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds ⁴⁾	166.876	64.279	28.557	11.171	5.766	57.102	-
Beitragseinnahmen vor dem 01.01.2009 ⁵⁾	1.210	137	63	50	-3	-47	1.009
Sonstige Einnahmen	3.786	697	478	151	168	879	1.413
Einnahmen insgesamt	171.873	65.112	29.099	11.373	5.932	57.934	2.422
Überschuß/Defizit(-)	1.086	771	190	264	4	-157	14

GESUNDHEITSFONDS - Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben absolut in Mio. EUR

Ausgaben für 2009 insgesamt				166.992			
davon :							
Berechnete Zuweisungen für 2009 ⁶⁾ incl. Forderungen/Verpflichtungen des Gesundheitsfonds gegenüber Krankenkassen				166.953			
Vergütungen an andere für Verwaltungszwecke (Minijob- Zentrale)				36			
Verwaltungskosten des Gesundheitsfonds gem. 271 Abs. 6 SGB V				3			
Einnahmen für 2009 insgesamt				164.510			
davon :							
Beitragseinnahmen incl. Forderungen				157.397			
Bundeszuschuss				7.112			
Sonstige Einnahmen				1			
Überschuß/Defizit(-)				-2.482			

1) Die landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKK) nehmen nicht an dem zum 01.01.2009 eingeführten Gesundheitsfonds teil.

2) Durch kassenartenübergreifende Fusionen (z.B. den Zusammenschluss der IKK Direkt mit der TK zum 01.01.2009) ergeben sich bei den hier ausgewiesenen Veränderungsrate je Kassenart teilweise Verzerrungen.

3) ohne Dialysesachkosten, Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch, Früherkennung, Mutterschaftsvorsorge sowie von den Versicherten geleistete Zuzahlungen.

4) Von den Krankenkassen ausgewiesene Zuweisungen für das Jahr 2009 einschl. Forderungen und Verpflichtungen

5) Es handelt sich um Beitragseinnahmen bis zum 31.12.2008, die dem am Gesundheitsfonds teilnehmenden Krankenkassen zuzuordnen sind. Der Wert der landwirtschaftlichen Krankenkassen bezieht sich auf die Beitragseinnahmen des Berichtszeitraums.

6) Zuweisungen des Bundesversicherungsamtes für 2009 insgesamt. Dabei wurden Forderungen und Verpflichtungen berücksichtigt.

Den Kassen stehen im Saldo noch 0,8 Mrd. Euro zu, die in der dritten Strukturpassung (April 2010) und im Jahresausgleich (Nov. 2010) ausgezahlt werden.

Quelle: GKV Statistik BMG, Vordruck KV 45

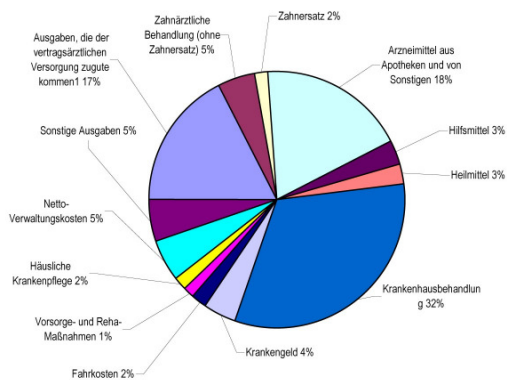
Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Pressemitteilung vom 10. März 2010

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung	in Mrd. EUR		absolute Differenz
	1. bis 4. Quartal 2008	1. bis 4. Quartal 2009	2009 zu 2008
	Ausgaben insgesamt	160,8	170,8
mit Zuzahlungen der Versicherten	165,6	175,6	10,0
<i>Leistungen insgesamt</i>	<i>151,1</i>	<i>160,6</i>	<i>9,5</i>
<i>mit Zuzahlungen der Versicherten</i>	<i>156,0</i>	<i>165,4</i>	<i>9,4</i>
<i>darunter - jeweils mit Zuzahlungen - :</i>			
Ausgaben, die der vertragsärztlichen Versorgung zugute kommen ¹	28,6	30,6	2,0
Zahnärztliche Behandlung ohne Zahnersatz	8,4	8,5	0,1
Zahnersatz	3,0	3,1	0,1
Zahnärztliche Behandlung	11,4	11,6	0,2
Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen	30,9	32,4	1,5
Hilfsmittel	5,2	5,5	0,3
Heilmittel	4,4	4,5	0,2
Krankenhausbehandlung	52,8	56,4	3,5
Krankengeld	6,6	7,2	0,7
Leistungen im Ausland	0,5	0,5	0,0
Fahrtkosten	3,3	3,6	0,2
Vorsorge- und Reha-Maßnahmen	2,5	2,5	0,0
Soziale Dienste / Prävention / Impfungen	2,3	2,4	0,1
Schwangerschaft / Mutterschaft ²	0,9	1,0	0,0
Betriebs- und Haushaltshilfe	0,2	0,2	0,0
Häusliche Krankenpflege	2,6	2,9	0,3
Sonstige Leistungsausgaben	3,8	4,2	0,4
Sonstige Aufwendungen	1,4	1,2	-0,1
Netto-Verwaltungskosten	8,3	8,9	0,7

Ausgabenanteile 1. bis 4. Quartal 2009

Anteile an den Ausgaben insgesamt

Ausgaben, die der vertragsärztlichen Versorgung zugute kommen ¹	17%
Zahnärztliche Behandlung (ohne Zahnersatz)	5%
Zahnersatz	2%
Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen	18%
Hilfsmittel	3%
Heilmittel	3%
Krankenhausbehandlung	32%
Krankengeld	4%
Fahrtkosten	2%
Vorsorge- und Reha-Maßnahmen	1%
Häusliche Krankenpflege	2%
Netto-Verwaltungskosten	5%
Sonstige Ausgaben	5%
Ausgaben insgesamt	100,00%

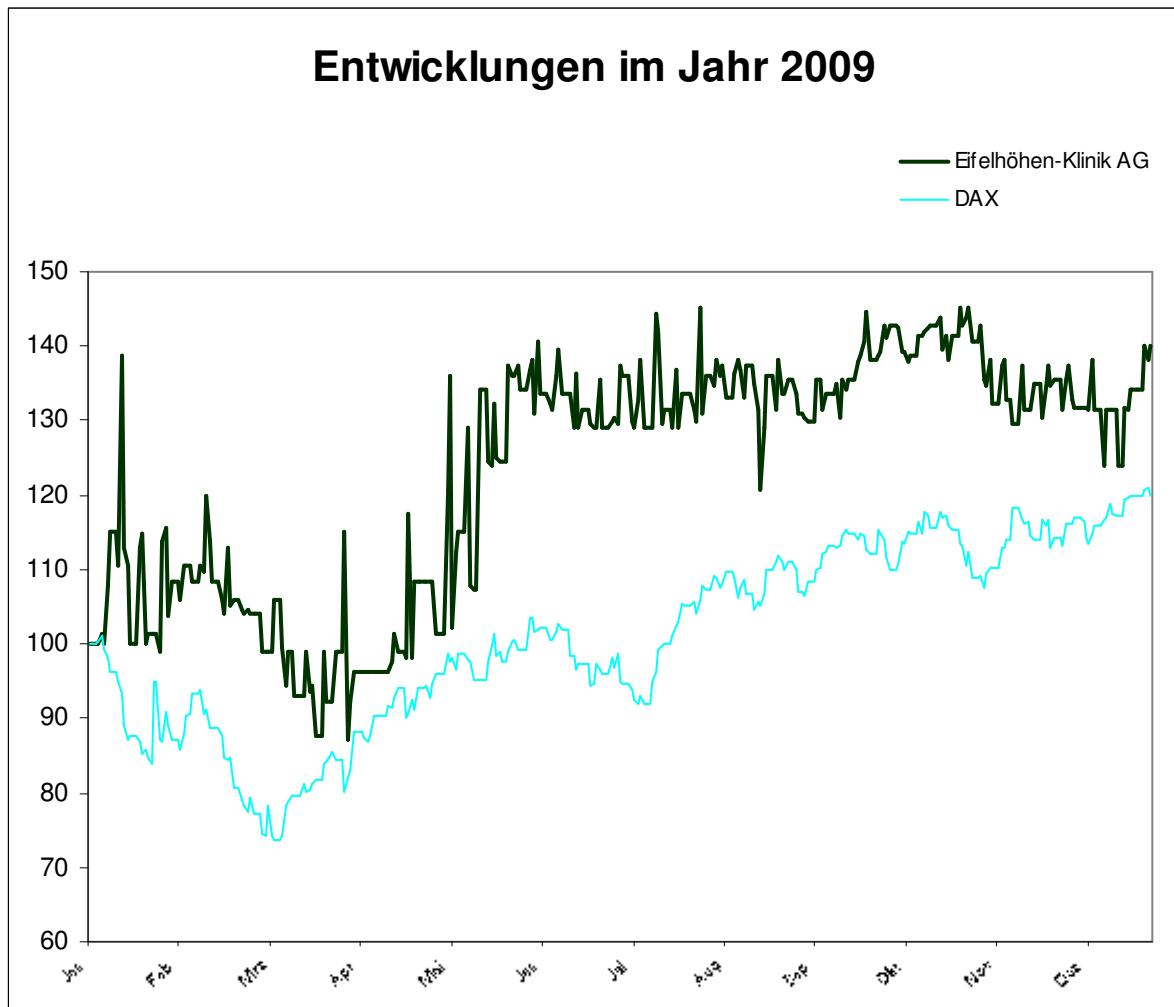


Fußnoten:

¹ In dieser Ausgabenposition sind enthalten: ärztliche Behandlung, Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch, Früherkennung, Mutterschaftsvorsorge, Dialyse-Sachkosten sowie von den Versicherten geleistete Zuzahlungen (Praxisgebühr).

² ohne stationäre Entbindung und ärztliche Leistungen

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Pressemitteilung vom 10. März 2010



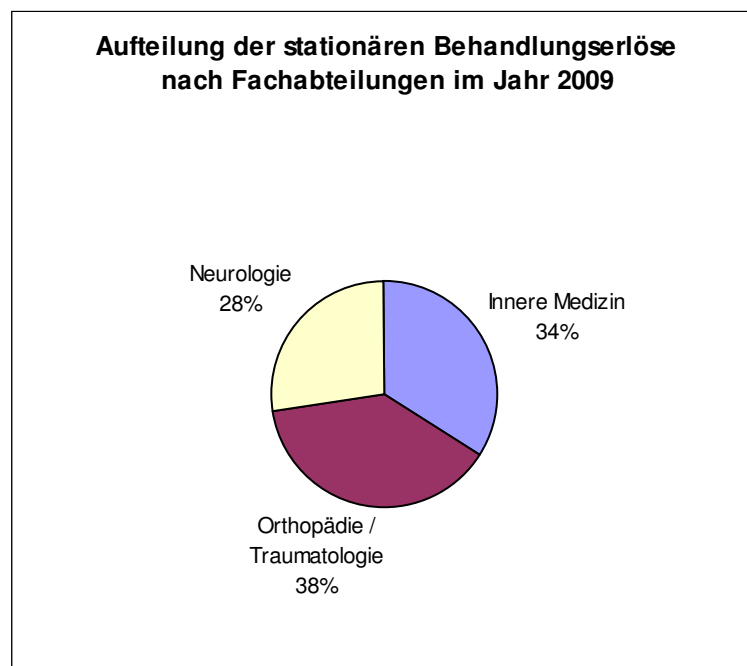
Nach massiven Kursrückgängen von über 40 % im Vorjahr, konnte sich der deutsche Leitindex DAX, getragen von einem verbesserten Geschäftsklimaindex und gestiegenen Wachstumsprognosen, in der zweiten Jahreshälfte wieder kontinuierlich erholen, blieb jedoch weiter deutlich unter dem Niveau des Jahres 2007.

Für die Eifelhöhen-Klinik-Aktie ist festzustellen, dass sie sich entgegen dem Trend des Leitindex im vergangenen Jahr stabil behaupten konnte, um im Jahr 2009 wieder eine ähnliche Entwicklung wie der DAX zu nehmen, was zu einem Kursanstieg von ca. 15 % geführt hat.

Diese positive Entwicklung dokumentiert die Nachhaltigkeit der Investition in die Eifelhöhen-Klinik-Aktie und ist ein Indikator für das mögliche Kurspotential. Der Kurs stieg von 2,65 € zu Beginn des Jahres auf 3,04 € am Jahresende, bei einem tagesdurchschnittlichen Handelsvolumen von 1.480 Aktien (Börse Düsseldorf).

Umsatzanalyse und Angaben zum Geschäftsverlauf

Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte ein nahezu identisches Gesamtbelegungs-niveau wie im Vorjahr erreicht werden. Durch eine leichte Veränderung der Belegungsstruktur („case mix“) sind die Umsatzerlöse dabei von 13.258 TEUR auf 13.413 TEUR angestiegen, obwohl sich die nominalen Pflegesätze weiterhin unterhalb der Grundlohnsumme entwickelten. Die erzielten Pflge-tage lagen mit 93.013 nur knapp unter dem Wert des Vorjahres mit 93.988. Für die Gesamtauslastung bedeutete dies einen Rückgang von lediglich einem halben Prozent auf 70,1 % bei 364 Planbetten. Daraus resultierend ergibt sich eine Reduzierung der Fallzahl um 100 auf 3.762 Fälle im Berichtsjahr.



Ertragslage

Ertragslage der Eifelhöhen-Klinik AG

	2009	2008	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gesamtleistung (I)	14.626	14.389	237	1,6
Betriebliche Aufwendungen (II)	15.169	15.342	-173	-1,1
Betriebsergebnis (III = I ./ II)	-543	-953	410	43,0
Beteiligungsergebnis	1.662	2.224	-562	-25,3
Zinsertrag (Saldo)	268	240	28	11,7
Ordentliches Unternehmensergebnis	1.387	1.511	-124	-8,2
Neutrales Ergebnis	182	80	102	>100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.569	1.591	-22	-1,4
Steuern vom Einkommen und Ertrag	325	397	-72	-18,1
Jahresüberschuss	1.244	1.194	50	4,2

Der Anstieg der Gesamtleistung um 237 TEUR erklärt sich zum überwiegenden Teil aus einer Erhöhung der Erlöse aus Patientenbehandlungen, die auf einer Veränderung des „case mix“ der Klinik und dadurch erzielter höherer durchschnittlicher Fallerlöse beruht.

Durch eine weitere Optimierung der Organisationsstrukturen konnten Synergieeffekte im Bereich der Verwaltungs- und Personalkosten erzielt werden, die dazu geführt haben, dass die betrieblichen Aufwendungen um 173 TEUR zurückgeführt werden konnten.

Insgesamt resultierte hieraus eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses um 410 TEUR im Vergleich zum Vorjahr – das entspricht 43 %.

Die Reduzierung des Beteiligungsergebnisses begründet sich überwiegend aus Einmaleffekten. Wesentliche Ursachen waren dafür im Vorjahr erzielte außerordentliche Erträge aus Versicherungsentschädigungen und im laufenden Jahr zusätzlich zu erbringende Aufwendungen für umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen am Klinikgebäude in Bonn.

Der Zinsertragssaldo verbesserte sich durch die kontinuierliche Rückführung der Kreditverbindlichkeiten.

Die positive Entwicklung des neutralen Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus geringeren Zuführungserfordernissen bei den Rückstellungen im Personalbereich.

Der Steueraufwand ist um 72 TEUR gesunken, da die Gesellschaft ab 2009 eine nachhaltige Reduzierung der Gewerbesteuerbelastung realisieren konnte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Steigerung des Jahresüberschusses von 50 TEUR erreicht werden konnte. Maßgeblich hierfür war eine deutliche Verbesserung des operativen Betriebsergebnisses um 410 TEUR und des neutralen Ergebnisses um 102 TEUR, womit die diesjährigen geringeren Beteiligungsergebnisse bereits nahezu kompensiert werden konnten.

Finanzlage

	2009 in TEUR	2008 in TEUR
Jahresüberschuss	1.244	1.194
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	756	724
+././. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-356	193
././+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	1
././+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.156	-1.076
+././. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	55	-550
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nach DRS 2	543	486
Cashflow aus Investitionstätigkeit	49	27
Auszahlung an Unternehmenseigner	-468	0
Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	85	117
Auszahlung für die Tilgung von Krediten	-436	-489
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-819	-372
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>-227</u>	<u>141</u>

Ziel des Finanzmanagements ist die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Eifelhöhen-Klinik AG und die Versorgung des Unternehmens mit ausreichender Liquidität.

Die Gesellschaft konnte den Anteil von kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten im Jahr 2009 weiter zurückführen. Im Bereich der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten wird eine tagesaktuelle Steuerung vorgenommen, die zu marktüblichen Konditionen für dieses Segment zur Verfügung gestellt wird.

Von der zugesagten Kreditlinie in Höhe von 4.361 TEUR waren zum 31.12.2009 3.931 TEUR nicht ausgeschöpft.

Bei den mittel- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten gibt es keine Währungsrisiken. Das Zinsrisiko ist durch differenzierte Zinsbindungsvereinbarungen abgesichert. Die Vereinbarungen ermöglichen der Gesellschaft entsprechende Handlungsspielräume, um auf Marktentwicklungen in angemessener Weise reagieren zu können.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nach DRS 2 ist von 486 TEUR auf 543 TEUR gestiegen. Maßgeblich hierfür war ein verbesserter Jahresüberschuss, obwohl die Inanspruchnahme von Rückstellungen und die Zunahme der Forderungen an verbundene Unternehmen – wegen eigener Tilgungsverpflichtungen hat die GlobalMed GmbH auch die Gewinnabführung des Jahres 2009 nicht an die Muttergesellschaft abgeführt – dem entgegenstanden.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist mit 49 TEUR positiv, weil die Tilgungen beim Finanzanlagevermögen mit 456 TEUR höher als die Investitionsausgaben mit 407 TEUR waren.

Unter Einbeziehung der Dividendenzahlung an die Aktionäre von 468 TEUR und der Nettorückführung von Krediten mit 351 TEUR errechnet sich beim Finanzmittelfonds insgesamt eine Verschlechterung von -227 TEUR. Dabei bleibt insbesondere zu beachten, dass im Vorjahreszeitraum keine Ausschüttung an die Anteilseigner vorgenommen wurde.

Die Fähigkeit des Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, war im Zeitraum 2009 uneingeschränkt gegeben.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Wesentliche Bilanzzahlen der Eifelhöhen-Klinik AG

	2009	2008¹⁾	2007	2006	2005
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	9.495	9.834	10.149	10.576	11.061
Finanzanlagen	7.979	8.435	8.865	9.273	9.653
Eigenkapital	19.663	18.887	17.694	17.040	16.654
mittel- u. langfristiges Fremdkapital	5.754	5.837	4.570	5.029	5.495
kurzfristiges Fremdkapital	2.504	2.860	4.998	6.669	6.186
Bilanzsumme	27.921	27.584	27.261	28.738	28.335

¹⁾ ab 2008 erfolgte eine andere Zuordnung zwischen kurz- und mittel- u. langfristigem Fremdkapital

Das Sachanlagevermögen sank durch planmäßige Abschreibungen auf 9.495 TEUR.

Die Finanzanlagen reduzierten sich aufgrund planmäßiger Tilgungen um 456 TEUR.

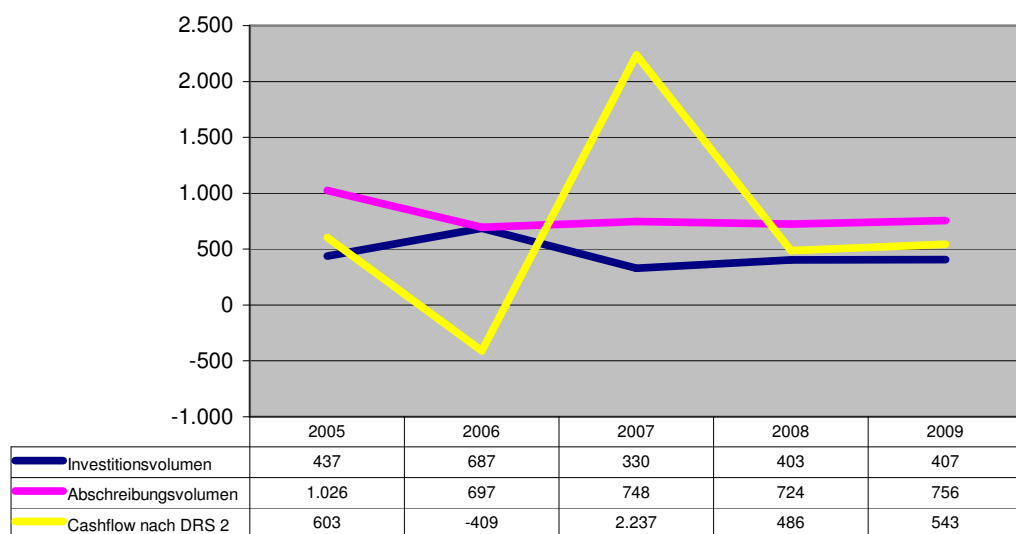
Im Jahr 2009 konnte die Eigenkapitalquote von 68,5 % nochmals auf 70,4 % verbessert werden.

Die weitere Rückführung des Fremdkapitals gegenüber dem Vorjahr entspricht im Wesentlichen dem planmäßigen Tilgungsvolumen.

Erstmals seit drei Jahren war dabei wieder ein Anstieg der Bilanzsumme zu konstatieren, weil insbesondere die kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen um 1.062 TEUR in 2009 zugenommen haben.

Investitionen

Abschreibungen, Investitionen, Cashflow nach DRS 2 in TEUR



Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur unwesentlich erhöht und erklärt damit auch das relativ konstante Abschreibungsvolumen.

Am Klinikstandort in Marmagen besteht weiterhin ein signifikanter Instandhaltungsstau. Die gezahlten Pflegesätze der Kostenträger reichen wie in vielen anderen Rehabilitationskliniken nicht aus, um den Substanzerhalt zeitnah zu gewährleisten.

Personalentwicklung

Dienstarten	2009	2008
Ärztlicher Dienst		
Orthopädie-Innere Medizin-Neurologie	22	22
Psychologen	5	5
Pflegedienst	59	58
Krankengymnastik/Phys. Therapie	48	50
Schreibkräfte/Sekretärinnen	6	7
Medizinisch-technischer Dienst	5	5
Hauswirtschaft	20	20
Service/Wirtschaftsdienst	42	41
Technischer Dienst	6	6
Verwaltungsdienst	23	23
Sonderdienst	2	2
	<u>238</u>	<u>239</u>
Beschäftigte am Bilanzstichtag 31.12.	237	237

Bei einer nahezu gleichbleibenden Auslastungsquote der Klinik gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum hat sich die Gesamtvollkräftezahl gegenüber dem Vorjahr stichtagsbezogen nicht verändert.

Im Jahr 2009 wurde der Generationswechsel auf der ärztlichen Leitungsebene der Klinik weiter vollzogen. Mit Herrn Prof. Dr. med. Claus Weiss (Internist und Kardiologe) wurde dabei die Funktion des ärztlichen Direktors und des Chefarztes der Inneren Abteilung zukunftsorientiert neu besetzt.

Grundzüge des Vergütungssystems für den Personenkreis gemäß § 285, S. 1, Nr. 9 HGB

Der Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG bestand in 2009 aus
Diplom-Ökonom Dr. h. c. (CHN) Arno Kuge (bis 10. Juni 2009)
Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Die Vergütung der beiden Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem Grundgehalt und aus einer Tantieme zusammen.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aatalklinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, in Anrechnung gebracht.

Die Vorstandsmitglieder erhalten eine Tantieme; der Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Kuge in Höhe von 4 % des Konzernjahresüberschusses, Herr Dr. Küthmann in Höhe von 3 % des Konzernjahresüberschusses.

Der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Kuge, hatte einen Dienstwagen zur Verfügung, der auch für private Zwecke genutzt werden konnte.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen oder Kreditgewährungen durch die Gesellschaft an die einzelnen Vorstandsmitglieder erbracht.

Da Herr Dr. Kuge Mitte 2009 aus dem Dienst der Gesellschaft ausschied, erhielt er vereinbarungsgemäß für jedes volle Jahr seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Gesellschaft eine Austrittsentschädigung in Höhe des 0,2-fachen der Jahresbezüge des dem Tag der Vertragsbeendigung vorangegangenen Kalenderjahres, höchstens jedoch insgesamt das 2-fache dieser Bezüge. Diese wurde mit seinem Ausscheiden Mitte 2009 ausgezahlt. Damit waren alle Ansprüche (u. a. Tantieme) abgegolten.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG erklären in der Fassung vom 15.12.2009, dass sie die Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG angewendet haben.

Dabei gelten die nachstehend aufgeführten Ausnahmen:

1. Einberufung der Hauptversammlung (Ziffer 2.3.2)

„Die Gesellschaft soll allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Aktionären und Aktionärsvereinigungen die Einberufung der Hauptversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege übermitteln, wenn die Zustimmungserfordernisse erfüllt sind.“

Die Unterlagen werden innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Fristen auf den Internetseiten der Gesellschaft (www.eifelhoehen-klinik.de) und im elektronischen Bundesanzeiger zugänglich gemacht, darüber hinaus erfolgt auf jeweiliges Verlangen ein Postversand, so dass die Gesellschaft auch mit Blick auf den erhöhten Verwaltungsaufwand keine weitere Notwendigkeit für einen zusätzlichen elektronischen Versand sieht.

2. D&O-Versicherung – Selbstbehalt (Ziffer 3.8)

„Schließt die Gesellschaft für den Vorstand eine D&O-Versicherung ab, ist ein Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds zu vereinbaren.

In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.“

Gemäß den gesetzlichen Erfordernissen ist zurzeit kein Selbstbehalt vereinbart.

Im Kodex in der Fassung 2009 wird die Vereinbarung eines Selbstbehalts für die D&O-Versicherung von Aufsichtsratsmitgliedern empfohlen, während der Selbstbehalt bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstandsmitglieder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist nach Auffassung der Gesellschaft nicht geeignet, die Motivation und Verantwortung zu verbessern, mit denen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats die ihnen übertragenen Aufgaben und Funktionen wahrnehmen. Die bestehende D&O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sieht daher in Abweichung von Ziffer 3.8 des Kodex in der Fassung 2008 keinen Selbstbehalt vor. Die Gesellschaft wird aus vorgenannten Gründen auch künftig keinen Selbstbehalt für die D&O-Versicherung von Aufsichtsräten vereinbaren und insoweit von der Empfehlung in Ziffer 3.8 des Kodex (Fassung 2009) abweichen.

Ein Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands wird in 2010 vertraglich umgesetzt.

3. Zusammensetzung des Vorstands (Ziffer 4.2.1)

„Der Vorstand soll aus mehreren Personen bestehen und einen Vorsitzenden oder Sprecher haben.“

Bedingt durch die Größe und Organisationsstruktur der Gesellschaft sieht der Aufsichtsrat derzeit ein Vorstandsmitglied als ausreichend an.

4. Vergütung des Vorstands (Ziffer 4.2.3)

Die Vergütung des Vorstands ist im Jahresabschluss individualisiert aufgegliedert.

5. Bildung von Ausschüssen im Aufsichtsrat (Ziffer 5.3)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse sowie einen Prüfungs- und einen Nominierungsausschuss bilden soll.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

6. Altersgrenze für den Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.1)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, für Aufsichtsratsmitglieder eine Altersgrenze festzulegen.

Ein Höchstalter für die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ist nicht vorgesehen. Der kompetente Rat unserer erfahrenen Aufsichtsräte soll auch zukünftig, unabhängig von ihrem Alter, die Entwicklung der Gesellschaft positiv beeinflussen. Eine Altersbegrenzung wird derzeit unter Berücksichtigung des Antidiskriminierungsverbotes als nicht opportun angesehen.

7. Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder im Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.2)

„Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, soll dem Aufsichtsrat eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen Interessenkonflikt begründet.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist nur ein Mitglied als unabhängig einstuftbar.

8. Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz (Ziffer 5.4.3)

„Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz sollen den Aktionären bekannt gegeben werden.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine Bekanntgabe nicht notwendig.

9. Vergütung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.6)

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten.“

Die Gesellschaft weicht von der Empfehlung des Kodex in Ziffer 5.4.6 ab, neben einer festen Vergütung den Aufsichtsratsmitgliedern auch eine erfolgsorientierte Vergütung zu gewähren. Die Gesellschaft ist nach wie vor der Auffassung, dass durch den bewussten Verzicht auf erfolgsorientierte Vergütung potentielle Interessenkonflikte bei Entscheidungen des Aufsichtsrats, die Einfluss auf Erfolgskriterien haben können, ausgeschlossen sind.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist im Jahresabschluss individualisiert aufgegliedert.

10. Veröffentlichung des Jahresabschlusses (Ziffer 7.1.2)

„Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses für die Gesellschaft und den Konzern erfolgt innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres. Der Halbjahresfinanzbericht wird spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums veröffentlicht. Die Eifelhöhen-Klinik AG folgt damit den gesetzlichen Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes.

Vorstand und Aufsichtsrat beobachten aufmerksam die Entwicklung der Diskussion zum Corporate Governance und passen die Verhaltensweise der Gesellschaft entsprechend an.

Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

- 1) Das gezeichnete Kapital von 7.987.200,00 EUR ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Nominalkapital je Stückaktie beträgt 2,56 EUR. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.
- 2) Der Gesellschaft sind keine die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffende Beschränkungen bekannt.
- 3) Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital von mehr als 10 % sind der Gesellschaft bis zum Ende der Aufstellungsphase des Lageberichts wie folgt bekannt:

Name / Firma	Direkter Anteil der Stimmrechte in %	indirekter Anteil der Stimmrechte in %
Othmar Furch, Voltlage	10,45	1,25
SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal Müritz	14,70	
Graaler Care GmbH, Graal-Müritz		14,70
AKG REHA-Zentrum GmbH & Co. KG, Graal-Müritz	13,90	
Graaler Management GmbH, Graal-Müritz		13,90

- 4) Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten.
- 5) Die am Kapital beteiligten Arbeitnehmer üben ihre Kontrollrechte unmittelbar aus.
- 6) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands (§§ 84, 85 AktG) sowie für die Änderung der Satzung (§§ 133, 179 AktG).
- 7) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.08.2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats in folgenden Fällen ganz oder teilweise auszuschließen:
 - a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen
 - b) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage, soweit die neuen Aktien im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen oder anderen Wirtschaftsgütern ausgegeben werden
 - c) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen

Festsetzung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausnutzung dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen der Ermächtigung zum Rückkauf eigener Aktien und deren Verwendung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden.

In der Hauptversammlung vom 25. August 2009 wurde der Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. Februar 2011 bis zu 10 % des Grundkapitals von 7.987.200,-- EUR eigene Anteile zu erwerben.

- 8) Es gibt bei der Gesellschaft keine wesentliche Vereinbarung, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots steht.
- 9) Die Gesellschaft hat keine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen.

Risikoberichterstattung

Allgemein

Das Risikomanagement-System der Eifelhöhen-Klinik AG basiert auf einem EDV-gestützten Analyseprogramm, in dem die Risikobeschreibung aufgeteilt nach den einzelnen Unternehmensgesellschaften erfolgt, um eine verbesserte spezifische Risikoeinschätzung für die einzelnen Unternehmensteile vornehmen zu können. In diesem System werden die betrieblichen Risiken nach Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit auf der Grundlage von Versicherungsalgorithmen skaliert. Die inhaltliche Prüfung aller bekannten Risiken erfolgt gemäß der festgesetzten individuellen Überwachungsintervalle mindestens einmal jährlich; ggf. werden notwendige Steuerungsmaßnahmen eingeleitet. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements ist der Versicherungsbereich, durch den bedeutende Risiken wie Brand, Betriebsunterbrechung, Haftung und Schadensersatzansprüche beschrieben, überwacht und zentral abgesichert werden.

Die Überwachungs- und allgemeinen Zuständigkeiten sowie die inhaltliche Beschreibung und Bewertung der Risiken sind den juristischen Vertretern der einzelnen Unternehmen zugeordnet, bei mehreren Vertretern ist der verantwortliche Vertreter namentlich festgelegt.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die im Lagebericht 2007 getroffenen wesentlichen Aussagen zur Gesundheitsreform weiterhin zutreffen. Fraglich ist jedoch aufgrund der weiterhin bestehenden strukturellen Finanzierungsprobleme der Kostenträger die langjährige Nachhaltigkeit dieser Entwicklung als Grundlage für eine mittelfristige Unternehmensplanung.

Die allgemeinen Risiken für den Betrieb von Rehabilitationskliniken sind durch die große Abhängigkeit von gesundheitspolitischen Entscheidungen und die Möglichkeiten der kurzfristigen Umsteuerung von Finanzmitteln durch die Kostenträger in andere Sektoren des Gesundheitsmarktes weiterhin gegeben. Ergänzend liegt ein wesentliches Risiko des Betriebes von Rehabilitationskliniken in der Tatsache, dass – im Gegensatz zu den Akutkliniken – auch der Kapitalkostenanteil für Gebäudeinvestitionen zu finanzieren ist und somit unter Einbeziehung der Personalkosten ein erhebliches Fixkostenrisiko von mehr als 85 % der Gesamtkosten besteht.

Bei rückläufigen Belegungen oder durch externe Eingriffe induzierte Belegungsschwankungen können daher kurzfristig erhebliche Erlösminderungen und Verluste entstehen, da eine Reduzierung bei Personal- und Sachkosten aufgrund allgemeiner vertraglicher, gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen nur zeitverzögert und eingeschränkt erfolgen kann.

Die Wahrscheinlichkeit extern induzierter Belegungsschwankungen und das Preisänderungsrisiko sind durch die Einführung des Gesundheitsfonds im Jahr 2009 gestiegen, da dadurch bei großen gesetzlichen

Krankenversicherungen strukturelle Finanzierungsprobleme auftreten. Damit sind Auswirkungen auf die bestehenden Budgetierungen für Rehabilitationsleistungen nicht auszuschließen, zumal es bereits deutliche Hinweise darauf gibt, dass ab 2010 als Folge der Ausgabendynamik bei den Krankenversicherungen ein hohes Defizit zu erwarten ist.

Zinsänderungsrisiken für bestehende Kreditverpflichtungen aus der Beteiligung an der Kaiser-Karl-Klinik sind durch mittel- bzw. langfristige Zinssicherungsgeschäfte zurzeit im Wesentlichen abgedeckt. Die mittelbar bestehenden Darlehensverpflichtungen aus der Pacht der Aataalklinik Wünnenberg sind zum größten Teil für weitere zwei Jahre ebenfalls festgeschrieben. An Besonderheiten ist zu beachten, dass durch die erheblichen Turbulenzen bei den nationalen und internationalen Banken ein erhöhtes Risiko besteht, dass die finanzierenden Banken ihre Darlehensbestände an Dritte abtreten und dadurch potenzielle Risiken, wie z. B. eine Erhöhung der Darlehensbesicherung, zurzeit nicht gänzlich auszuschließen und zu bewerten sind. Mit Hinweis auf die Erläuterungen der Finanzlage und der seit Jahren stabilen Liquiditätsreserven bestehen keine Liquiditätsrisiken. Auch das Ausfallrisiko ist eher gering, weil die Forderungen aus Krankenhausleistungen nahezu ausschließlich gegenüber gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen bestehen.

Trotz gesamtwirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen konnte im Jahr 2009 eine zufriedenstellende Belegungsentwicklung erreicht werden, die zu einer weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung des Unternehmens geführt hat. Auch die Stärkung der Wahlrechte der Patienten bei der Auswahl von Einrichtungen sowie die gesetzliche Pflichtleistung der Kostenträger für die Rehabilitation sind aufgrund der ersten Erfahrungen positiv zu bewerten. Fraglich ist jedoch aufgrund der weiterhin bestehenden strukturellen Finanzierungsprobleme der Kostenträger die langfristige Nachhaltigkeit dieser Entwicklung als Grundlage einer mittelfristigen Unternehmensplanung. Unabhängig von zeitweise ausgeglichenen Finanzhaushalten der Gesetzlichen Krankenversicherungen durch Zuschüsse des Bundes sind aufgrund der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Risiken für die Sozialversicherungssysteme vorhanden bzw. absehbar. Eine detaillierte Quantifizierung dieser Risiken ist jedoch aufgrund der vielfältigen Einfluss nehmenden Faktoren und der Komplexität des Systems nicht möglich.

Standort Eifelhöhen-Klinik, Marmagen

Bei der Eifelhöhen-Klinik AG wird der Verpflichtungsüberschuss, bezogen auf das vorhandene Unterstützungskassenvermögen, zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen. Zum 31.12.2009 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss, berechnet nach § 6a EStG, bei 2.617 TEUR.

Insgesamt besteht grundsätzlich das Risiko des schleichenden Substanzverzehr. Aufgrund einer gedeckelten Vergütung bei den Pflegesätzen und der Gefahr inflationär steigender Kosten, insbesondere bei Lohnverhandlungen, besteht die latente Gefahr, dass die Eifelhöhen-Klinik notwendige Investitionen baulicher und allgemeiner Art nicht in vollem Umfang aus dem vorhandenen Cashflow bedienen kann.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems (IKS) für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichend Sicherheit zu gewährleisten, dass ein regelleistungskonformer Abschluss erstellt wird. Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt den Konzernabschluss für die einzelnen Beteiligungen und Tochtergesellschaften der Eifelhöhen-Klinik AG auf.

Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien sind:

- Anwendung der gesetzlichen Bilanzierungsrichtlinien, sowohl auf Konzernebene als auch in den einzelnen Konzerngesellschaften
- klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen bzw. Mitarbeitern
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich, wie z. B. zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme
- Berücksichtigung von im Risikomanagement erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregelungen erforderlich ist.

Alle beschriebenen Strukturen und Prozesse unterliegen der jährlichen Überprüfung durch die jeweiligen beauftragten Wirtschaftsprüfer im Rahmen der gesetzlichen Abschlussprüfung.

Nachtragsbericht

Der Aufsichtsrat hat am 27.12.2009 beschlossen, Herrn Dr. med. Markus-Michael KÜthmann für weitere drei Jahre zum Vorstand der Gesellschaft zu bestellen (bis 30.04.2013).

Die im Jahr 2009 erreichte stabile und positive Belegungsentwicklung in der Eifelhöhen-Klinik konnte in den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 fortgesetzt werden und bewegte sich auf einem ähnlichen Gesamtbelegungsniveau im Vergleich zum Vorjahr.

Prognosebericht/Ausblick

Wie in den vergangenen Jahren zeichnet sich auch für das Jahr 2010 eine restriktive Haltung der Kostenträger bei der Berücksichtigung von Kostensteigerungen ab. Eventuelle Pflegesatzerhöhungen, die lediglich unterjährig eintreten können, werden sich voraussichtlich im Rahmen der Grundlohnsummenentwicklung bewegen. Gleichzeitig ist durch die regionale Wettbewerbssituation eine Anpassung an übliche bezahlte Pflegesätze notwendig.

Wegen der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie den Unwägbarkeiten bei der Einnahmensituation der Sozialversicherungssysteme ist in den nächsten 2 Jahren mit weiteren Umstrukturierungen bei den Vergütungsstrukturen zu rechnen.

Der Vorstand beabsichtigt die bewährte Geschäftspolitik durch weitere Stärkung des anerkannten sehr hohen Qualitätsniveaus der Kliniken und den damit verbundenen Wettbewerbsvorteilen fortzuführen. Ergänzend wird das klinische Angebot auf die zukünftigen demografischen Herausforderungen im Rehabilitationsmarkt ausgerichtet, um die o. g. Effekte zu kompensieren.

Aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems kann zum heutigen Zeitpunkt trotz der erwarteten, positiveren wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens eine Verschlechterung der Vermögens- und Ertragslage langfristig nicht ausgeschlossen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

1. Die Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes ist auf der Internet-Homepage des Unternehmens veröffentlicht.
2. Die Unternehmensführungspraktiken entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
3. Die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Vorhandensein, Zusammensetzung und Arbeitsweise gegebenenfalls von Ausschüssen sind auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich.
4. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Der Aufsichtsrat prüft hierbei insbesondere die Sorgfalt der Entscheidungsfindung des Vorstands.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts der Eifelhöhen-Klinik AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 24. März 2010

Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
Kurt Heller GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Marcus Heller
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2009 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand bei der Leitung der Unternehmensgruppe beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Der Aufsichtsrat war in alle für die Gesellschaft grundlegenden Entscheidungen eingebunden.

Die bereits im Bericht des Aufsichtsrates des Vorjahres erwähnten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand und der vom Aufsichtsratsvorsitzenden vertretenen Aktionärsgruppe ergaben sich vor allem aus den anhängigen Gerichtsverfahren zur Fortführung der abgebrochenen Hauptversammlung vom 21.08.2008, der Anfechtung der Hauptversammlungsbeschlüsse und dem Antrag auf Abwahl des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden durch die beiden anderen damaligen Mitglieder des Aufsichtsrates. Dadurch war eine wesentliche Veränderung des Klimas zwischen dem damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem ehemaligen Vorsitzenden des Vorstandes festzustellen.

Der Vorstand hat die Fortsetzung der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2007 dann mit der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2008 zusammengefasst.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Karl-Heinz Krüger musste sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zum 18.05.2009 niederlegen. Das in der Hauptversammlung 2007 gewählte Ersatzmitglied Herr Karsten Leue übernahm das Aufsichtsratsmandat am 19.05.2009. In der Aufsichtsratssitzung am 20.05.2009 wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Der Aufsichtsrat hat in dieser Sitzung am 20.05.2009 dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. h.c. (CHN) Arno Kuge, wegen unterschiedlicher Vorstellungen über die künftige unternehmerische Ausrichtung der Kliniken, aus den Diensten der Gesellschaft zum 10.06.2009 ausdrücklich zugestimmt. Seitdem führt Herr Dr. Markus-M. Küthmann die Gesellschaft als alleiniger Vorstand.

Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder Herr Prof. Dr. Wolfgang Wildmeister sowie Herr Karsten Leue lief mit der Beendigung der Hauptversammlung 2009 aus. Die Hauptversammlung wählte Herrn Karsten Leue sowie Herrn Sigurd Roch in den Aufsichtsrat und Herrn Henning von Borstell zum Ersatzmitglied.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 6 Sitzungen abgehalten. Zudem wurden zwischen dem jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand sowie zwischen den Aufsichtsratsmitgliedern regelmäßig Informationsgespräche geführt. Eine vertrauensvolle regelmäßige Abstimmung war damit gegeben. Bei eilbedürftigen Vorgängen hat der Aufsichtsrat Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Der Aufsichtsrat wurde durch den Vorstand über wesentliche Fragen der Unternehmensführung und über die Ausrichtung der Unternehmensgruppe informiert sowie bei der Auswahl von Führungskräften einbezogen.

Im Mittelpunkt der Aufsichtsratssitzungen standen die Bestrebungen des Vorstands und des Aufsichtsrats, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaften weiter zu verbessern. Dabei blieb die gebesserte wirtschaftliche Situation im Stammhaus Marmagen weiterhin defizitär und konnte auch in 2009 noch nicht zufriedenstellen.

Der neu zusammengesetzte Aufsichtsrat hat mit dem Vorstand vertrauensvoll die zukünftige Ausrichtung des Konzerns in seinen Sitzungen erörtert und beraten.

Die Liquiditätslage ist geordnet und die Krise am Finanzmarkt führte bisher zu keinen negativen Auswirkungen auf die Finanzierungsstruktur des Konzerns.

Dem Vorschlag des Vorstands, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 0,12 EUR je Stückaktie zu verwenden und 247.673,98 EUR in andere Gewinnrücklagen einzustellen, stimmt der Aufsichtsrat zu.

Möglichkeiten zur Expansion des Konzerns durch Übernahme weiterer Gesellschaften wurden durch den Vorstand geprüft und initiiert.

Periodische Informationen der Aufsichtsratsmitglieder durch den Vorstand bezogen sich im Wesentlichen auf die laufende Entwicklung der Gesellschaft im Konzern.

Der Aufsichtsrat befasst sich auch in 2009 mit der Weiterentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die erforderliche Entsprechenserklärung wurde von den Mitgliedern des Aufsichtsrates unterzeichnet. Auf weitere Ausführungen im Lagebericht der Gesellschaft wird verwiesen.

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2009 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches sowie den Konzernabschluss zum 31.12.2009 und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009 nach den Grundsätzen der IFRS – International Financial Reporting Standards – erstellt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009 sind von der Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln geprüft worden. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrates zusammen mit dem Vorschlag des Vorstandes zur Gewinnverwendung zugeleitet. Die Unterlagen wurden vom Aufsichtsrat geprüft und mit den Abschlussprüfern erörtert. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 26.04.2010 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Konzernabschluss der Gesellschaft gebilligt. Der Jahresabschluss und Konzernabschluss der Gesellschaft sind somit festgestellt.

Der Aufsichtsrat möchte diesen Bericht zum Anlass nehmen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Geschäftspartnern und dem amtierenden Vorstand ein herzliches Dankeschön für die erbrachten Leistungen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit auszusprechen.

Der Aufsichtsrat